

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1915. Nr. 68.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 208.

Bestandteile für die Halle und Bereiche 2, 30, 31, durch die Postbezogen 3 1/2 für das Staatsarchiv.
Die Halle: Zeitung erscheint wöchentlich einmal. — Druck-Verlag: Halle.
Verleger: Dr. L. K. Schmidt, Halle. — Druck-Verlag: Halle.
Verleger: Dr. L. K. Schmidt, Halle. — Druck-Verlag: Halle.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum für Halle und 20 1/2
Cent für 100 Zeilen, auswärts 30 Pfennig. — Bekanntmachungen des Reichs für Halle (Sachsen) sind
die Halle 100 Pfennig. Anzeigengebühren bei der Geschäftsstelle in Halle (Sachsen) sind
bekanntmachungen des Reichs für Halle (Sachsen) sind

Verlagsstelle in Halle (Sachsen): Weinberger Straße Nr. 10, 102
Hermann 5108 u. 5109, Hermann der Schiffbauerei 5110
Verlagsleiter: L. K. Schmidt, Halle (Sachsen).

Mittwoch, 10. Februar 1915.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30
Hermann 5110, Hermann der Schiffbauerei 5110
Druck und Verlag von Otto Kuntze, Halle (Sachsen).

Die Eröffnung des preußischen Landtages.

Finanzminister Dr. Lenz begründet den neuen preußischen Etat.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 9. Februar 1915.

Saas und Trübner sind stark befeuert. Zahlreiche Abgeordnete sind in feilschauer Uniform erschienen. Am Ministertisch: Dr. Delbrück, Dr. Lenz, Decker, v. Preußenbach, v. Schorlemer, Sydow, von Soehle.

Präsident Graf Schwerin-Kunow eröffnete die Sitzung und richtete an die Mitglieder eine Ansprache, in der es heißt: Dreieißig Monate sind vergangen, seitdem wir uns am 22. Oktober hier zu einer Kriegssitzung zusammengefunden haben. Unsere herrlichen Truppen haben sich in unzähligen neuen, unermesslichen Kämpfen erworben. Mit unerschütterlicher Tapferkeit und bewundernswürdiger Hingabefähigkeit haben sie die schweren Strapazen eines Winterfeldzuges ertragen. Sie haben dadurch nicht nur unser Land vor einem feindlichen Einbruch bewahrt, sondern auch die weitere Wiederrichtung unserer Feinde im Osten und Westen und Norden ermöglicht. Der Krieg fordert ungeheure Opfer von unserem Volke. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir noch lange nicht am Ziele sind. Aber trotzdem hat sich in unserem ganzen Volke immer mehr, immer fester und immer tiefer der unbedingte Wille eingestellt, in diesem Kriege feste zu was es wolle, durchzuhalten bis zu einem vollen Siege. Wir kämpfen um unser Dasein, um Sein oder Nichtsein, um unsere ganze wirtschaftliche, kulturelle und nationale Zukunft. Und weil wir dieses wissen, erscheint uns kein Opfer zu groß. Unsere Überwältigungen werden, so hoffe ich, von dem einmütigen, überwältigenden Geiste des ganzen Volkes getragen sein, von dem einmütigen Willen, alle unsere Wünsche und partei-politischen Sonderinteressen dem großen, gemeinsamen Ziel, welches für alle gilt, unterzuordnen.

Darauf tritt das Haus in die Beratung der Tagesordnung ein.

Finanzminister Dr. Lenz

erregt die Aufmerksamkeit der Abgeordneten für das Jahr 1914 feststellen, und uns bemühen, die Staatsentnahmen und Staatsausgaben zutreffend zu erstellen, da hat niemand von uns daran gedacht, daß die Voraussetzungen, von denen wir ausgegangen waren, sobald sich ändern und die Verhältnisse ganz andere werden würden. Wir hatten geglaubt, auch fernhin in friedlicher Entwicklung die wirtschaftliche, kulturelle und geistige Wohlfahrt unseres Landes fördern zu können und dementsprechend unsere Maßnahmen getroffen und aufgebaut. Schon nach wenigen Monaten mußten wir es erleben, daß England, England und Frankreich uns gewaltsam überfallen, um uns zu vernichten und den gefährlichen Nebenbuhler im Internationalen Wettbewerb ein für allemal dem Garben zu machen. Wie ist ein friedliches Volk schändlicher überfallen worden, als das untrügliche, aber auch niemals haben sich die überfallenen Feinde so gründlich verredet, wie bei diesem Überfall. Nicht England, England und Frankreichs Armeen befinden sich als Sieger in unserem Lande, sondern unsere überfallenen Truppen stehen nach Ost und West in Feindesland und haben ihm schon viele, wichtige Schläge erteilt und unsere Flotte hat dafür gesorgt, daß England einen Angriff auf unsere Küsten bisher nicht gemacht hat. Der sechsmonatige Krieg hat die Waffen so verteuert, daß die Gesetze des Handels viel mehr bei uns, als bei den Angreifern und Urheber des Krieges liegen und es gibt niemand in unserem Volke, der nicht selbsthaft davon durchbringen wäre, daß wir siegen wollen und auch siegen werden, zu große Opfer der Krieg von uns auch erfordert.

Auch der Staatshaushalt wird durch den Krieg in hohem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Das Wirtschaftsjahr 1913 konnte noch in friedlichen Verhältnissen zu Ende gehen. Seine Bedingung schloß nach den günstigen Einnahmen aus den Steuern, Verzinsungen und Profiten, sowie aus den Eisenbahnen noch mit einem Überschuß des Staatshaushalts von 24,6 Millionen und einer Überweisung an den Ausgleichsfonds der Eisenbahnen von 91,3 Millionen Mark ab, jedoch eine außerordentliche Schuldentilgung von 24,6 Millionen Mark vorgenommen werden konnte. An ähnlich günstige Ergebnisse ist im laufenden Wirtschaftsjahre natürlich nicht zu denken. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Staatsentnahmen während eines Krieges bei weitem nicht die Höhe erreichen können, die sie im Frieden haben und die Staatsausgaben andererseits viel härter wachsen wie vorher. Als der Krieg ausbrach, schied das ganze Wirtschaftsleben mit einem Aufschrei auseinander. Millionen von Arbeitsträgern wurden zum Heere einberufen. Alle Geschäfte mit dem Auslande waren abgebrochen und hatten aufschreiend

und der deutsche Handel und die deutsche Industrie wären oft ausschließlich auf den eigenen inneren Markt angewiesen. Zugleich drohten für Kreditwürdigkeiten der allerhöchsten Art zu entwickeln, welche jedwede Unternehmung zu lähmen und unmöglich zu machen im Stande waren. Die Aussicht auf eine Arbeitslosigkeit von riesigem Umfange mit allen ihren Folgen von Not und Elend ersah als drohendes Geheiß am Horizont.

Zu unserer Hilfe haben wir diese Krisis glücklich überstanden. Durch eine Reihe von hochbedeutenden wirtschaftlichen Maßnahmen ist es dem Bundesrat gelungen, das Wirtschaftsleben allmählich wieder in Gang zu bringen. Namentlich die Abnahme von einem Moratorium und die mit Hilfe der Reichsbank geschaffenen genialen Kreditorganisationen, ferner die zahlreichen wirtschaftlichen Maßnahmen des Staates und der allseitige gute Wille, und nicht zuletzt die glänzenden Leistungen unserer See- und unserer Marine haben dazu die im ganzen Lande geschaffene Zuversicht viel dazu beigetragen. Die Folgezeit hat gezeigt, wie wichtig es war, daß trotz des von allen Seiten geäußerten dringlichen Verlangens nach einem Moratorium von allen Kriegführenden Staaten, allein in Deutschland ein solches nicht eingeführt worden ist. Seine schädlichen Folgen sind uns dadurch erspart geblieben und die Wege dafür offen gehalten, das Wirtschaftsleben und die Wege dafür offen gehalten. Daher weiter bewegen konnte, wie bisher und die im Ausland einmal gemühten haben nicht willkürlich wieder zerrissen werden.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Staatsregierung haben sich ebenfalls bewährt. Trotzdem es sehr nahe gelegen hätte, zur Verminderung der Staatsausgaben die im Haushaltsplan aber sonst vorgesehenen Steuern und Abgaben nicht auszuführen und bis zum Eintritt besserer Zeiten hinauszufchieben, hat die Staatsregierung diesen Weg nicht bestritten. Sie hielt es für sehr viel wichtiger, durch große Staatsaufträge Arbeitsgelegenheit der verschiedensten Art zu schaffen und Handel und Wandel zu beleben. Infolgedessen ist wieder bei den Eisenbahnbauten nach den Befehlen der Eisenbahnen, noch bei den übrigen Bauten aus Ermäßigungsgründen eine Verminderung oder ein Stillstand eingetreten und nur vor dem Mangel an Arbeitskräften es notwendig machte, die Ausführung abgelehnt worden. Dagegen sind noch über die Bauten hinaus verschiedene neue Unternehmungen in Angriff genommen, um weitere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Tatsächlich hat denn auch dieses Verfahren die Wiederingliederung des Wirtschaftslebens gefördert, da jedes beschäftigte Gewerbe auch andere Gewerbe belebt.

Auch der Krieg mit allen seinen Bedürfnissen an Waffen, Munition, Ernährung, Bekleidung, Fuhrkräften und zahlreichen anderen Gegenständen erwies sich nicht lediglich als ein Verfall, sondern als eine starke Quelle neuer Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung. Durch den Krieg und der wunderbaren Anknüpfungsfähigkeit der deutschen Industrie und der deutschen Kaufleute an billige neue Verhältnisse haben wir es erreicht, daß fast überall im Lande die Beschäftigung wieder eingeleitet und die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zurückgegangen ist. Nicht nur hierzu in Betracht, daß unsere Landwirte ihre Ernte zu guten Preisen abzugeben und mit ihrer Hilfe die mannigfachen Störungen und Schwierigkeiten, welche durch die Wegnahme der Arbeitskräfte und Schenke und durch den Mangel an Viegen und sonstigen Hilfsmitteln entstanden waren, zu überwinden in der Lage war, so kann man mit Recht sagen, daß uns der Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht noch keine so großen Wunden geschlagen hat, und unsere Volkswirtschaft durchaus im Stande ist, den gegenwärtigen Zustand noch lange zu ertragen. Arbeit und Verdienst ist durchweg vorhanden und dazu kommt noch der große Vorzug, daß alles Geld, was eingenommen und verdient wird, nicht in das Ausland flieht, sondern in unserem Lande verbleibt. Das ist sogar noch eine große Stärke dabei.

Bei Beginn des Krieges hatten wir eine so günstige wirtschaftliche Entwicklung nicht erwartet und deshalb die Rückwirkung auf den Staatshaushalt glücklicherweise überschätzt; immerhin ist sie nicht unbedeutend. In erster Linie haben hierbei die Erträge aus den Staatsbahnen. Während die Staatsbahnen im Frieden lediglich dem Verkehr und der Vermittlung des Güterverkehrs dienen und wirtschaftliche Aufgaben haben, sind sie im Krieges ein gewichtiges und wichtiges Instrument der Kriegführung selbst. Die wirtschaftlichen Aufgaben kommen da erst in großer Linie. Was unsere Eisenbahnen in den Kriegsjahren für den Aufmarsch unserer Armeen und später für die Versorgung und Befriedigung unserer Truppen geleistet haben und noch leisten, heißt es eingangs, da, und ist es über jedes Lob erhaben, daß es für immer ein Ruhmesblatt unserer Eisenbahnverwaltung sein wird. An den

Leistungen unserer Eisenbahnen im Krieges hat noch niemand etwas ausgeübt, noch leitenden Minister bis zum letzten Rechten und Arbeiter hat sich jeder seiner Aufgabe gewachsen gezeigt und dieses hohe Zeugnis, das neben der Eisenbahn- und Finanzverwaltung an der Entwicklung der Staatsbahnen seinen vollen Anteil hat, wird sicherlich mit Stolz auf diese Ruhmesperiode unserer Eisenbahnen bliden. Erfreulicherweise scheint nach dem letzten Abschluß vom Dezember der Einnahmeausfall auch gar nicht so groß werden zu sollen, wie es nach Kriegsausbruch den Antheil hatte. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind im Dezember sogar schon wieder auf 95 Prozent der vorjährigen Einnahme gestiegen und wenn auch der Personenverkehr naturgemäß etwas geringer sein muß, so ist die Entwicklung des Verkehrs doch ein beachtliches Zeichen dafür, in wie hohem Maße unser Wirtschaftsleben wieder pulsiert und im Aufblühen begriffen ist.

Wir haben daher alle Aussicht, daß trotz der Ausfälle der ersten Kriegsmoente und des unermesslichen Anstiegs des Betriebskoeffizienten, die Mindererträge der Eisenbahnen sich in noch erträglicher Höhe halten werden. Zu ihrer Deckung hat nach der gesetzlichen Vorschrift zunächst der Ausgleichsfonds zu dienen und erst wenn der nicht ausreicht, fallen sie der Gesamtregierung zur Last. Augenblicklich ist es noch völlig ungewiß, ob unter Ausgleichsfonds mit seinem Bestande von 333 Millionen Mark von den Winderträgen aufgebracht oder gar überbrückt wird, das wird die Rechnung erst später ergeben. So viel steht aber schon fest, daß er unter allen Umständen dem Staatshaushalt eine wesentliche Stütze bietet und ihn vor schweren Fehlstrichen bewahrt. Seine Ansammlung hat sich daher glänzend bewährt.

Auch die Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern sind nicht unbedeutend infolge des Krieges zurückgegangen. Die Erträge der indirekten Steuern hatten wegen des Darniederliegens des Grundumsatzes in den großen Städten schon seit Jahren eine fallende Tendenz und haben die auch im laufenden Jahre in verstärkter Umfang beibehalten. Bei den direkten Steuern hingegen befanden sich bisher die Einnahmen in einem ständigen erfreulichen Aufsteigen. Namentlich die letzte Veranlagung unter der Veranlagung des Generalparabols ergab ein noch höheres Steuererlös, als es der Vorschlag vorgelegen hatte. Diese Auslichten hat die Regierung bereit. Denn abgeben von vermehrten Ermäßigungen und Ausfällen an Steuern, namentlich in den vom Krieg betroffenen Randbezirken, erlitten die Einnahmen dadurch allgemein eine Einbuße, daß nach gesetzlicher Vorschrift das Militärertrommen der Kriegsteilnehmer vom 1. August 1914 ab unterworfen bleiben muß, und bei den dem Beurlaubtenden angehörigen Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark die veranlagte Einkommensteuer außerberückung zu setzen ist. Es ist daher mit einem Windertrage der direkten und indirekten Steuern zu rechnen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Bergverwaltung. Die Hoffnung auf eine starke Produktion mit günstigen Preisen konnte sich leider nicht verwirklichen, da die Förderung zurückgegangen und ein großer Teil der Arbeiter und des Personals zu den Kohlen einberufen worden ist, was die Weltmarkttransporte häufiger dem Absatz hinderlich waren. Die Folge ist natürlich ein erheblich geringerer Ertrag. Da ferner eine volle Kohlenlotterie nicht zur Ausfüllung gelangt ist und die Ausgaben an anderen Stellen gestiegen sind, ist für das Jahr 1914 ein Fehlbetrag der Rechnung unvermeidlich. Wie hoch dieser sein wird, läßt sich allerdings noch nicht übersehen. Soweit man es heute beurteilen kann, wird er jedoch nicht über die Fehlbeträge hinausgehen, die vor fünf Jahren in wirtschaftlich weniger günstigen Friedensjahren gehabt haben, gewiß ein glänzendes Zeugnis für unsere wirtschaftliche Lage und die Gesundheit der preußischen Staatsfinanzen.

Nach Lage der Verhältnisse ist die Auffüllung des Ausgleichsfonds für das kommende Jahr ganz besonders schwierig. Es lassen sich wieder die Einnahmen, noch die Ausgaben auch nur einigermaßen richtig voraussagen. Wir wissen nicht, welche Ausgaben uns bevorzugen, wie unsere Einnahmequellen fliegen, ob unsere Betriebe ausreißend beschäftigt sind und welche Unkosten sie haben werden. Die vorangegangenen Jahre lassen gar keinen Schluß zu, der Voranschlag, den sonst der dreijährige Durchschnitt bietet, vermag vollständig. Lediglich die Verwaltungsausgaben, welche zu einem großen Teil auf gesetzlicher Vorschrift beruhen, stehen fest, aber das ist viel zu wenig, um den Haushaltsplan zu treffen, darauf aufbauen zu können.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, als von dem Krieg und seinem Einfluß auf das kommende Jahr überhaupt abzulassen und den Haushaltsplan unter der größten Unsicherheit

Wien, als ob bei dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1916 der Frieden wieder eingetreten sei. Auf dieser Grundlage kommen wir wenigstens in einen Voranschlag. So wohl in der Einnahme, wie in der Ausgabe können wir uns an den vorläufigen Jahrestat anlehnen und seine Sätze übernehmen, soweit nicht schon feststeht, daß sie anders sein werden. Wir behalten dabei den Spielraum, dem Ernst der Zeit in ausgiebiger Weise Rechnung zu tragen und was es geht, eine erhöhte Sparlichkeit eintreten zu lassen. Dementsprechend ist Verfahren worden.

Da der gedruckte Vorbericht zum Etat alles Wissenswerte enthält, will ich Sie mit Einzelheiten nicht aufhalten. Nur so viel muß ich erwähnen, daß alle bekannten Winderlösnahmen und Mehrausgaben berücksichtigt sind und der Etat durch starke Abstriche bei den anderen Ausgaben, nicht aber durch eine Vergrößerung des Gleichgewichts gebracht ist.

Da das Staatsgesetz ist hinsichtlich der Selbstbestimmung dieselbe Bestimmung aufgenommen, wie in den Nachtragsetat vom Oktober, daß die Staatsregierung ermächtigt sein soll, Sachangelegenheiten bis auf die Höhe von 1 1/2 Millionen Mark auszugeben. Die Gründe sind wesentlich dieselben wie im Oktober.

Abgesehen von der Notwendigkeit, für etwaige Fehlbedürfnisse im Staatshaushalt die vorläufigen Zedernummern zu stellen, muß der Staat nach wie vor über bereite Mittel verfügen, um alle die Aktionen, welche aus Anlaß des Krieges teils schon eingeleitet sind, teils sich noch als notwendig herausstellen werden, weiter durchzuführen, oder neu aufnehmen zu können.

Beträchtliche Ausgaben waren bisher für Ostpreußen und die vom Kriege betroffenen Kreise von Westpreußen erforderlich und ganz erheblich höhere werden noch nachfolgen. Das Reich muß diese Kosten aber nicht erlassen, der Staat muß sie aber zunächst vorlegen. An einen Wiederkauf der Kreditkredite und der westpreussischen Kreise ist zurzeit noch nicht zu denken. Während der Krieg noch nicht beendet ist, müssen sich die Maßnahmen auf die Abstellung der derzeitigen Not beschränken. In dieser Hinsicht ist schon vieles geschehen. Die glückliche Lage, soweit sie nicht über genügend eigene Mittel verfügen, in den verschiedensten Provinzen und in Mecklenburg auf Staatsfonds untergebracht. Der Verzichtleistung und dem Untergang ihres wertvollen Viehs ist unter Verwendung von Staatsmitteln mit Hilfe der Landwirtschaftskammer noch Möglichkeit vorgeeignet.

An allen vom Kriege betroffenen Kreisen sind die Kriegsausgleichsaktionen an der Arbeit, zum einseitigen, vom Staatsministerium festgestellten Grundrissen den an Sob und Entstandenen Schäden zu ermitteln und den Betroffenen darauf aus Staatsmitteln Vorschläge zu erwidern, welche die Fortführung des Haushalts, des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Geräte und Substanzien ermöglichen. Die unter wesentlicher Beteiligung des Staates ergriffene Kriegsausgleichsaktion für Ostpreußen hat ihre Tätigkeit aufgenommen, um die durch den Krieg herbeigeführten Kreditkredite der Kaufleute und Gewerbetreibenden zu lindern. Der Landwirtschaftskammer ist ein Kredit aus Staatsmitteln eingeräumt worden, mit dessen Hilfe Forderungen und Zusatzen in anderer Zahl für die Selbstbestellung erneuert werden konnten. Den durch den Einfall der Russen leistungsunfähig gewordenen Kommunalverbänden, Gutsbesitzern und Kirchengemeinden ist zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten eine staatliche Unterstützung gewährt. Kurz, überall, wo es notat, hat der Staat eingegriffen, um den schwerbetroffenen Kreisen des Ostens zu helfen. Die Hauptaufwendungen kommen aber erst nach dem Friedensausbruch.

Auch zu Gunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände muß etwas unternommen werden.

Es ist dem hohen Hause bekannt, daß das Reich einen hohen Betrag zur Verfügung gestellt hat, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegsausgleichsaktionen Befähigung zu gewähren. In dieser Aktion will sich Preußen sehr aktiv in der Form von Zuschüssen beteiligen. Es ist nicht zu verkennen, daß viele Gemeinden und Gemeindeverbände durch die in außerordentlichem Maße von ihnen gemachten Aufwendungen für die Kriegsausgleichsaktionen nicht nur Gerodraendungsgeleitet haben, sondern auch schwer belastet sind. Es entspricht dem öffentlichen Interesse, daß der Staat einen Teil dieser Lasten übernimmt. Das Staatsministerium hat daher beschlossen, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, welche vom Reich eine Bewilligung erhalten, eine solche in gleicher Höhe aus Staatsmitteln zu erwidern. Da schon von den zwei Seiten ausfließenden Bewilligungen werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden eine wesentliche Erleichterung bringen. Ein Gesetzentwurf, welcher zu diesem Zwecke bis zu 110 Millionen Mark anfordert, wird Sie ja noch heute beschäftigen.

Die wichtigste Aufgabe, welche der Reichsleitung und der Staatsregierung obliegt, ist die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes. Da England jedwede überseeische Nahrungsmittelzufuhr abgelehrt hat, ist Deutschland darauf angewiesen, für die Dauer des Krieges sich aus dem eigenen Ernte und den im Lande gezogenen und vorbandenen Lebensmitteln zu ernähren. Zu unserem Glück ist unsere deutsche Landwirtschaft unter dem Schutze der seit Jahren bestohlenen Wirtschaftspolitik so leistungsfähig geworden, daß sie durchaus im Stande ist, unser Land mit Brot und Fleisch zu versorgen. Es sind nur Vorkehrungsmaßnahmen erforderlich, welche die richtige Verwendung der vorhandenen Vorräte und die Ersiegung einer auskömmlichen Ernte in den folgenden Jahren sicherstellen. Wenn hauswirtschaftliche Gewährleistung wird, können wir mit dem vorhandenen Getreide bis zum nächsten Ernte aus. Für die Menschen ist im Winter das Getreide vorhanden, dagegen müssen die großen Viehhöfe, namentlich an Schmalen, vermindert werden, da Kraftfuttermittel für sie fehlen und sie neben den Menschen nicht aus noch mit Brotgetreide als Kraftfutter versorgt werden können. Zur Erreichung dieses Ziels sind vom Bundesrat eine ganze Reihe von hochbedeutenden Bestimmungen und Verordnungen erlassen worden, die Ihnen Allen ja bekannt sind und die ich nicht näher aufzählen brauche. Außerdem sind aus Staatsmitteln verschiedene wirtschaftliche Unternehmungen unternommen und ins Leben zu führen, welche beiden Zwecken dienen. So sind zur Förderung der Kartoffelerzeugung und für Motorpflüge reichliche Mittel verwendet und die Verfügung gestellt. Außerdem werden mehrere Chemiefabriken größere Staatsdarlehen erhalten, um sie in den Stand zu setzen, als Ersatz für den aus abgeleiteten Chemikalien für die nachfolgenden Ernten unentbehrlichen künstlichen Düngemittel anderweit herzustellen.

Damit ferner die Verminderung der Schweinebestände in volkswirtschaftlich richtiger Weise erfolgt und der plötzliche Überfluß nicht veräußert wird, sondern dem Lande zu Gute kommt, ist es den Ländern vom Bundesrat zur Pflicht gemacht, Schweinefleischabwäre in größeren Mengen herzustellen oder anzukaufen. Um ihnen diese Aufgabe zu erleichtern, ist ihnen auf Veranlassung des Herrn Landwirtschaftsministers ein Staatskredit eröffnet worden, mit dessen Hilfe sie die erforderlichen Ausgaben bis zum 1. April bezogen. Der Ankauf von Schweinen muß bis zum 1. April erfolgt sein und darf nur zu dem Zweck geschehen, die angefallenen Schweine zu Dauerware zu verarbeiten. Der Staatskredit wird in der Form von Wechseln hingeben, welche die Seehandlung akzeptiert und von den Regierungsbankstellen bei der Reichsbank disponiert werden.

Das weitaus bedeutendste Unternehmen ist die Gründung und Beteiligung des Staates an der Kriegsbrotgetreide-Gesellschaft. Schon seit vielen Wochen erließen es der Staatsregierung angeichts des sorglosen Verbrauchs von Brotgetreide in ganzen Lande notwendig, sich in den Besitz eines großen Teils der vorhandenen Getreidevorräte zu setzen, um dadurch die Ernährung des Volkes bis zum 1. September 30 Monaten vor der neuen Ernte zu sichern. Auf Veranlassung der Staatsregierung ist daher eine gemeinnützige G. m. b. H. vom Staat, vielen deutschen Städten und mehreren größeren Arbeitgebern gegründet worden, um dies durchzuführen. Die für dieses Unternehmen gewählte kaufmännische Form erschien unentbehrlich, weil sie vermöge ihrer Anpassungsfähigkeit und Elastizität sich für solche Geschäfte viel mehr eignet, wie die weit schwerfällige bürokratische Verwaltung, und die dadurch ermöglichte Kreditgewährung durch die Deutsche Zentral-Gesellschafts-Gesellschaft mit Hilfe der Darlehnskassen und der Reichsbank in weit zweckmäßiger und wirtschaftlicher Weise abspielen kann, als wenn besondere staatliche Fonds hierfür zur Verfügung gestellt werden. Noch bevor die Kriegsbrotgetreide-Gesellschaft nach Außen hin ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, gewann der Bundesrat die Überzeugung, daß ohne eine sofortige Beschlagnahme der gesamten deutschen Getreidevorräte nicht mehr auszukommen war. Sie wurde daher vom Bundesrat angeordnet und ihre Durchführung der Kriegsbrotgetreide-Gesellschaft im Verein mit einer Beteiligung aller in den Kommunalverbänden übertragen.

Sie hat dabei zugewiesene Aufgaben, die gesamte deutsche Brotgetreide anzukaufen, zu lagern und zu vermarkten ist von so ungeheuren Dimensionen und von solcher Schwierigkeit, wie sie bisher noch nicht in die Wirtschaft überlegt worden ist. Man stelle sich nur vor, welche Mengen dabei in Betracht kommen, von wie vielen Millionen von Menschen Getreide und Mehl angekauft werden muß, welches Risiko damit verbunden ist, welche Summe von Geschäftskennntnis und Erfahrung das Getreide- und Mehlgeschäft verlangt und was dazu gehört, alles das, worin sich bisher Tausende von Personen geteilt haben, ohne lange Vorbereitungen und ohne ein Vorbild mit neuen und nicht einseitigen Kreisen allein fertig zu bringen. Diese Aufgabe ist nur dann zu lösen, wenn alle bisher in der Brotgetreide-tätigen Personen mitberangezogen werden und in allen Kreisen des Volkes der gute Wille herrscht, keine Schwierigkeiten zu machen, sondern dem vaterländischen Unternehmen zu helfen, soweit es nur eben geht. Ich bin überzeugt, daß dieses ausgediebt. England darf uns nicht aushungern und dadurch zu einem schändlichen Frieden zwingen, den seine Waffen nie erstritten können. Dieses unüberwindliche Ziel muß einem jeden im Lande aber alle Unbenuemlichkeiten, Störungen und Härten hinwegbringen, die mit der Getreidebeschaffung und der richtigen monotonen und der Brotversorgung verbunden sein werden. Es ist viel zu hoch, und zu wichtig, als daß nicht jeder Einzelne seine Wünsche und Beschwerden hinstellen müßte; hier handelt es sich, gerade wie in der Front, nicht um den Einzelnen, sondern um das Vaterland. Was kommt es schließlich auf den Einzelnen an, wenn nur das Vaterland unversehrt aus dem Kriege hervorgeht. Der sündige Ausbungsungsplan soll und muß aufhören werden. Wir können den Krieg durchführen und wollen ihn durchführen. Wir haben Brotgetreide und Lebensmittel genug, und da auch unter Wirtschaftlichen Vorwärts geht und gediebt, und unsere berufenen Truppen zu Wasser und zu Lande von unerschütterlicher Mute und Beharrlichkeit zu liegen befiehlt sind, so dürfen wir getrost die Hoffnung hegen, daß wir unsere Feinde zu Boden ringen, so viele sie auch sind, und so voll sie den Mund auch nehmen. Das alte Preußen und das Deutsche Reich gehen nicht unter in diesem Krieg, sie bleiben was sie waren: ein Gott der Ehre und Kultur, der Pflichterfüllung und der treuen Arbeit! Fester und unangreifbarer als je werden sie aus diesem Kriege erheben und wenn dann, was ich bestimmt erwarte, auch im Innern die politischen Gegensätze durch das gemeinsame für das Vaterland heroische Blut ihre Schärfe verlieren, haben wir, trotz aller Mißverhältnisse an Gut und Blut, noch einen unerschütterlichen Gerninn an diesem Kriege, er wird uns dann sogar zum Segen und es erfüllt sich auch an uns das alte Wortwort: 'Nur geduldet es böse mit mir zu machen, aber Gott geduldet es gut zu machen.' (Mitteltiger, flüchtiger, wiederholter Beifall.)

Abg. Kirch-Berlin (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion hält ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gegenüber der bisherigen Regierungspolitik aufrecht; sie verzichtet jedoch in dieser ersten Zeit in der ersten Sitzung des Reichstages auf Erörterungen parteipolemischer Natur. Ihre wachsenden Wünsche und Beschwerden werden sie im weiteren Verlauf der Sitzungsperiode zur Sprache bringen. Die sozialdemokratische Fraktion gibt aber schon heute dem Verlangen Ausdruck, daß die Regierung aus der durch den Krieg geschaffenen Situation die von den breiten Volksschichten geforderten unumgänglichen innerpolitischen Folgerungen zieht. Wir fordern auf das Bestimmteste vor allem eine Umkehr der Regierung in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Gegen die politische Unterdrückung nationaler Arbeiterparteien, wie sie in der Dänen- und Polenpolitik ihren Ausdruck findet, erheben wir nach wie vor schärfsten Widerspruch. Die Grundlage aller politischen Reformen aber muß die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bilden. Am 22. Oktober v. J. sprachen wir die Hoffnung und den heißen Wunsch aus, daß der entsetzliche Krieg ein baldiges Ende finden möge. Diese Hoffnung hat sich zu unserer Trauer noch nicht erfüllt. Wir hegen die Zuversicht, daß die Friedensstimmen in allen kriegführenden Ländern von Tag zu Tag zahlreicher werden, sich bei den maßgebenden Stellen Geltung verschaffen und daß unter dem Einfluß des Friedenswillens, insbesondere der Arbeiterklasse aller Länder, ein baldiger geschickter

Frieden zum Heile des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit zustande kommen möge.

Abg. v. Heubrand (Soz.): Im Auftrag der übrigen Parteien des Hauses habe ich zu erklären, daß auch wir Wünsche und Beschwerden zur Sprache zu bringen haben, aber zu einer Zeit und am Orte, wo es nach unserer Meinung am besten sein wird. Aber dieser Augenblick ist zur Vorbereitung derartiger Klagen und Wünsche nicht geeignet. Wo wir seit Monaten hier zum ersten Male uns zusammenfinden, wo wir einen Erntefesttag gegen uns entsetzt sehen, wo er überhaupt noch nicht da war, in einer solchen Situation erwartet das preussische Volk, daß wir nicht Klagen und Beschwerden vorbringen, sondern daß die preussische Volksvertretung zeigt, daß sie dem großen Augenblick entsprechend handelt. (Beifall des Hauses.) In diesem Augenblick wollen wir von Geschäftswelt und Einzelne sprechen und nicht davon, was der eine dem anderen vorzuerzählen hat. An einer Zeit, wo tausende von unseren Brüdern den Tod gefunden haben, da wollen wir zeigen, wie bereit sind, Opfer zu bringen. (Beifall des Hauses.) Sie haben nicht das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Wäurine, sowie Kauf, Ruhe, Gleichheit!) Es handelt sich für uns darum, einen dauernden Frieden zu erreichen. Die Aufgabe dieser Stunde ist die Erfüllung und Opferwilligkeit, Kampf, Sieg und einiges Zusammenhalten. (Beifall der launhaltender Beifall.)

Der Antrag des Abg. Heubrand (Soz.) wurde der Gesamtheit der Abgeordneten betreffend Beschlüssen zur Kriegsbrotgetreideausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne weitere Besprechung der verstärkten Budgetkommission überwiesen.

Damit war die erste Beratung des Etats beendet. Nächste Sitzung, Montag, den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr. Zweite Beratung des Etats. Schluß 3 Uhr 30 Minuten.

*

Sitzung der Budgetkommission.

B. I. B. Berlin, 9. Febr. Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat heute unmittelbar nach der Plenarsitzung zusammen. Zunächst wurde über die Verteilung der Akzente beschlossen. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag 14. Febr. festgesetzt. Erster Gegenstand der Beratung wird der Etat des Staatsministeriums sein. Hier sollen die auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur behandelt werden. Die Berichterstattung an die Presse über die oben genannten Fragen soll nicht durch einzelne Abgeordnete erfolgen, sondern durch einen von der Budgetkommission zu wählenden Untersuchungsausschuß, der diesen Bericht feststellt und zur Verbreitung in der Presse an Wolffs Telegraphisches Bureau abgibt. Vorsitzender dieses Untersuchungsausschußes ist der Vorsitzende der Budgetkommission, Abg. Windler (Soz.). Berichterstatter Abg. v. (Hendenburg, freisoz.). Dem Untersuchungsausschuß werden ferner an Abg. Gerold (Soz.), Strick-Göten (natlib.) und Rippmann (freisoz. Soz.). Beim Etat des Staatsministeriums wird der Entwurf eines Gesetzes über Beschlüssen zur Kriegsbrotgetreideausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände mitgetragen werden.

Zur Ankündigung der Blockade gegen England.

Die Frage der Benützung neutraler Flaggen wird in Amerika aktuell.

New-York, 9. Febr. Der Washingtoner Korrespondent der 'Associated Press' meldet: Obwohl die Regierung noch keinen Bericht über die Benützung der amerikanischen Flagge durch die 'Lusitania' erhalten hat, wird in amtlichen Kreisen geäußert, daß eventuell eine Untersuchung des Falles erfolgen werde, und es wird als nicht unwahrscheinlich erachtet, daß der Fall die Grundlage abgeben könnte, um die ganze Frage der Benützung neutraler Flaggen durch Handelschiffe kriegerischer Mächte aus Anlaß der deutschen Erklärung zu erörtern. Das amerikanische Gesetz enthält keine Vorschriften, die den Mißbrauch der amerikanischen Flagge durch ausländische Schiffe verbietet. Es war jedoch durchweg üblich, daß die Regierung die Konsulen anwies, ausführlich über solche Vorkommnisse zu berichten.

Die Engländer sind sehr beneidlich. London, 9. Febr. 'Daily Express' schreibt: Die Ansicht betreffend die neutrale Flagge wird zweifellos die öffentliche Meinung Englands sehr beneidigen. Seit wann ist der Union Jack eine Flagge, die furchtbar niedergerichtet wird. Wir leugnen nicht, daß dies eine zufällige Angelegenheit ist, aber die Stellung Englands ist zu einseitig, als daß wir ungünstige Folgen einer derartigen Taktik befürchten, daß haben wir sofort Strafen zur Admiralität und Flotte, daß wir uns dieser Entscheidung hegen.

Eine dänische Stimme verurteilt Englands Vorgehen.

Kopenhagen, 9. Februar. 'Politiken' schreibt in einem Leitartikel: England behauptet, daß der Gebrauch einer neutralen Flagge eine feindselige Praxis ist, welche zweifellos die öffentliche Meinung Englands sehr beneidigen. Seit wann ist der Union Jack eine Flagge, die furchtbar niedergerichtet wird. Wir leugnen nicht, daß dies eine zufällige Angelegenheit ist, aber die Stellung Englands ist zu einseitig, als daß wir ungünstige Folgen einer derartigen Taktik befürchten, daß haben wir sofort Strafen zur Admiralität und Flotte, daß wir uns dieser Entscheidung hegen.

1. Versh. d. Verh. Die Kriegsgefangenen — An derberdorf? Aufmerksamkeiten... (Text continues with details of military and administrative matters, including reports on prisoners and local news.)

malum wurden wieder zwei alte Kriegsachse gestiftet. Nach der Bestimmung... (Text continues with news about military equipment and local events.)

Aus dem Gerichtssaal.

Strafammer.

Die falsche Krantzenfäher als Sockstaplerin.

Anfang November vorigen Jahres wurde in Berlin durch eine falsche Krantzenfäherin Betrügerinnen ausgeführt, ohne daß... (Text details a case of a woman who sold fake medals and certificates, causing significant financial damage to her victims.)

in Weizenmehl hat ganz aufgehört. Roggenmehl war dringend gefordert... (Text continues with news about grain prices and market conditions.)

Schluss der Londoner Bollaution.

London, 6. Febr. Bei Verminolm herrschte zwischen Heimischen und amerikanischen Käufern guter Wettbewerb... (Text reports on the London market for various goods, including cotton and wool.)

Dynelner Vorstand-Gemeinschaften vom Grundmann. Der Ausschuss hat die Verteilung einer Dividende von 10 Pct. gegen 10 Pct. im Vorjahr vor.

Letzte Telegramme.

Die Deutschen vor Warschau.

W. L. Berlin, 10. Febr. Zu dem Verstoß gegen Warschau bringen Warschauer Blätter die von polnischen Kreisen der... (Text discusses the political tensions between Germany and Poland.)

Belziger Kampf um die belgische Küste.

W. L. Berlin, 10. Febr. Der Kampf um die belgische Küste, wie der 'Landsbürger' zufolge 'Dahin Gravitieren'... (Text reports on the military and diplomatic situation in Belgium.)

Amerikanischer Kampf gegen die misbräuchliche Führung der amerikanischen Flotte in Sicht?

W. L. Berlin, 10. Febr. Aus New-York meldet ein Matruer Blatt der 'Post' zufolge, daß ein Antrag im Senat... (Text discusses the US Navy's operations and the role of the Senate.)

Einne Sperrung des englisch-holländischen Handels.

W. L. Berlin, 10. Febr. Verschiedene Morgenblätter... (Text reports on trade restrictions between England and the Netherlands.)

Schwedisches Automobilanfall.

W. L. Berlin, 10. Febr. Nachts 2 Uhr 5 Min. durchfuhr ein mit fünf Passagieren aus Gledob... (Text reports on a car accident in Sweden.)

Verantwortlich:

für Politik und Vermittlung: M. Geling; für Oeffentliches, Gerichtsaal, Kunst und Angelegenheiten: G. F. Miesner; für Post, Handel, Familien und Allgemeine: G. F. Rohmann; für den Anzeigenteil: A. Schmalz; für den Anzeigenteil: A. Schmalz; für den Anzeigenteil: A. Schmalz.

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern abend 6 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, der Kaufmann...

Adolf Böning

in seinem 60. Lebensjahre. In tiefem Schmerz Sophie Böning nebst Kinder.

Halle (Saale), den 8. Februar 1915.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt. Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Dank.

Für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers Hugo Mensdorf,

Hugo Mensdorf,

sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:

B. Mensdorf.

Brehna, den 9. Februar 1915.

Aus Halle und Umgebung.

Halle den 10. Februar.

Ausführung und Aufhebungen.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat unterm 31. Januar folgenden Erlaß an die Regierungen... (Text contains official government orders regarding trade regulations and administrative matters.)

Aus den Vereinen.

Halle'scher Lehrerverein. In der Hauptversammlung, die vor kurzem im 'Reichshof' stattfand, gedachte der Vorsitzende... (Text reports on the activities and decisions of the Halle Teachers' Association.)

Börsen- und Handelsteil.

Gründlicher Reichsanzeiger.

Berlin, 9. Febr. Einleitend des Goldbestandes kann der Reichsanzeiger als recht erfreulich bezeichnet werden... (Text provides a detailed analysis of the gold market and its implications for the economy.)

Börsennotierungen.

W. L. Berlin, 9. Febr. Im freien Börsenverkehr war die Stimmung recht guterhüftig... (Text reports on the daily fluctuations of the stock market.)

Getriebericht.

W. L. Berlin, 9. Febr. Während der Nachfrage nach Getriebe immer dringender wird... (Text discusses the industrial sector, particularly the demand for machinery.)